

Integration ist keine kulturelle oder religiöse Frage

Der Politikwissenschaftler Thomas Schmidinger gilt als einer der führenden österreichischen Experten zum Thema politischer Islam. Er ist unter anderem Mitautor des Buchs: „Der politische Islam in Österreich“. Im Interview mit der freidenkerIn spricht er über den Zentralrat der Ex-Muslime, naive Linke und über den Nachholbedarf bei der Integrationspolitik.

freidenkerIn: Du hast dich in ersten Reaktionen nicht begeistert gezeigt über den Zentralrat der Ex-Muslime. Warum?

Schmidinger: Es ist natürlich legitim, wenn ehemalige Muslime einen Verein der Ex-Muslime gründen, ich halte dies aber für politisch wenig sinnvoll. Zunächst hat dieser Verein natürlich genauso wenig Legitimität für alle Ex-Muslime zu sprechen, wie die offizielle Islamische Glaubensgemeinschaft für alle Muslime. Beide organisieren jeweils nur kleine Minderheiten. Grundsätzlich sehe ich aber auch nicht die Notwendigkeit, sich nach der ehemaligen Religion zu organisieren und denke mir, dass man sich als Ungläubige wenn schon gemeinsam organisieren sollte – ob man jetzt früher Jude, Christ, Muslim oder sonstwas war. Die Frage, die sich für mich gestellt hat war, warum man es betont, Ex-Muslim zu sein. Dafür kommen zwei Gründe in Frage: Entweder will man doch noch irgendwie muslimisch sein. Oder man will den Islam als besonders schlimme Religion brandmarken will. Die Texte, die ich bisher vom Vorsitzenden des Zentralrats der Ex-Muslime gelesen habe, deuten sehr darauf hin, dass insbesondere der Islam stigmatisiert werden soll. Das wäre in der derzeitigen Situation in Österreich nicht nur falsch sondern auch politisch fatal.

freidenkerIn: Es gibt aber Stimmen, die sagen, das ist ein notwendiger Eman-

zipationsprozess, der wie ähnliche Prozesse am Anfang immer mit eher radikaler Kritik operieren wird.

Schmidinger: Das mag sein. Ich habe auch nichts gegen radikale Religionskritik. Aber welche Radikalität wird hier propagiert? Wenn etwa – wie vom Vorsitzenden des so genannten Zentralrats der Ex-Muslime – das Minarettverbot in der Schweiz begrüßt wird oder Geert Wilders, ein rechtsextremer niederländischer Politiker, als unterstützenswert betrachtet oder zumindest verteidigt wird, sehe ich darin keine radikale Religionskritik, sondern vielmehr ein Anbieten an rassistische Positionen in Europa. Es existiert ein zentraler Unterschied zwischen Religionskritik und der Stigmatisierung einer ohnehin schon mit Ressentiments konfrontierten Minderheit. Stellen wir uns einmal vor, jemand würde so über Jüdinnen und Juden sprechen. Es gäbe selbstverständlich auch jede Menge

berechtigter Kritik an ultraorthodoxen und fundamentalistischen Gruppen. Wer Jüdinnen und Juden dafür pauschal angreifen würde, wird sich aber zu Recht den Vorwurf einer antisemitischen Argumentation gefallen lassen müssen. Warum sollen pauschalisierende Angriffe gegen Muslime hingegen fortschrittlich sein?

freidenkerIn: Kann es auch sein, dass sich der Zentralrat von anderen politischen Kräften alleine gelassen fühlt und das Gefühl hat, jede Unterstützung zu brauchen, egal von woher sie kommt?

Schmidinger: Das wird schon so sein und ich halte die Position vieler Linker in Zusammenhang mit dem Islam, vor allem mit dem politischen Islam für unglaublich naiv. Letztendlich hat die Linke säkulare Muslime oft im Stich gelassen und ich habe das auch immer wieder kritisiert. Ich selber habe auch jahrelang, auch als Nicht-Muslim, Organisationen des politischen Islam kritisiert und bin



Foto: Jean Fabien



Foto: Thomas Schmidinger (z/Mg)

dafür von großen Teilen der Linken extrem geprügel worden. Trotz dieser auch persönlich durchaus schmerzhaften Angriffe würde es mir aber nie in den Sinn kommen, Unterstützung von rechts zu suchen. Erstens geht das grundsätzlich für mich als Linker nicht und zweitens ergänzen sich der rechte Rassismus und Islamhass und die pauschale Verteidigung des Islam durch die Linke wechselseitig. Beide nutzen einander als Argument für die Mobilisierung der eigenen Anhängerinnen und Anhänger.

freidenkerIn: *Es gibt unbestreitbarerweise das Phänomen, dass Saudi-Arabien, die Türkei und der Iran mit viel Geld versuchen, muslimische Migranten-Communities ideologisch auf Vordermann zu bringen. Wie könnte eine wirksame Gegenbewegung aussehen?*

Schmidinger: Man muss sich entscheiden, ob man gegen den Islam und gegen Muslime schlechthin agiert oder ob man innerhalb der

muslimischen Communities eine säkulare Position unterstützen will. Und es gibt ja Stimmen, auch religiöse und theologische begründete, die sich öffentlich für eine Säkularisierung einsetzen. Weltweit gibt es Gruppierungen, die sich für eine Emanzipation vom politischen Islam einsetzen. In Österreich gibt es etwa neuerdings eine Gruppe die sich ‚Forum für emanzipatorischen Islam‘ nennt und Großteils aus jungen Frauen mit islamischem Migrationshintergrund besteht. In der Schweiz gibt es solche Gruppen, wo sich MigrantInnen, die sich als nicht religiös sehen gemeinsam mit religiösen Muslimen für eine Interpretation des Islam einsetzen, die mit Demokratie, Menschenrechten und Frauenrechten vereinbar ist und die nicht antisemitisch, homophob und autoritär ist.

freidenkerIn: *Was kann die Republik Österreich tun, um Re-Islamisierungstendenzen innerhalb der MigrantInnen hintanzuhalten?*

Schmidinger: Erstens darf sie keine Gruppen unterstützen, die die politische Islamisierung betreiben. Die Politik darf nicht einer Organisation wie der Islamischen Glaubensgemeinschaft, die von sehr konservativen bis teilweise fundamentalistischen Gruppen geprägt ist, das alleinige Vertretungsrecht für Muslime zugestehen sondern muss Muslime als sehr vielfältige Personengruppe wahrzunehmen, genauso vielfältig und widersprüchlich wie Nichtmuslime auch. Zweitens müssen Emanzipationsbestrebungen von Frauen und von homosexuellen Muslimen mit einem sozialarbeiterischen Angebot unterstützt werden. Und natürlich muss man die soziale und die wirtschaftliche Integration von MigrantInnen vorantreiben. Integration ist keine kultur- oder religionspolitische Frage sondern eine Frage von Sozial- und Bildungspolitik. Auf der Ebene gibt es in Österreich einen massiven Nachholbedarf.

Interview: Christoph Baumgartner